



Ausschuß für Innere Verwaltung

32. Sitzung (nicht öffentlich)

12. Februar 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

- a) **Besuch einer Gruppe von Oppositionspolitikern aus Bosnien-Herzegowina im nordrhein-westfälischen Landtag**

(s. Diskussionsteil)

- b) **Brief des Roland Appel betreffend das Programm der Reise nach Brandenburg**

1

(s. Diskussionsteil)

1 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage) 1

**hier: Zweites Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Bundesratssitzung vom 06. Februar 1998 -**

- Bericht des Innenministers
- Kurze Diskussion

2 Sechstes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) 3

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksachen 12/2250 und 12/2563 - Neudruck
Vorlagen 12/1691, 12/1854 und 12/1883
Zuschriften 12/1641, 12/1644, 12/1645, 12/1659, 12/1660, 12/1662, 12/1672
und 12/1675

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Im Anschluß an eine Diskussion hauptsächlich über die vom Städte- und Gemeindebund durchgeführte Erhebung stimmt der Ausschuß über den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ab und lehnt ihn mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Zum Berichterstatter wird der Abgeordnete Moron (SPD) bestimmt.

3 Siebtes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) 6

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2736

- Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht in der nächsten Sitzung

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung in der Sitzung am 10. Juni dieses Jahres durchzuführen.

- 4** **Zweites Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes unter Einbeziehung der Überprüfung der 5-Prozent-Sperrklausel im Kommunalwahlrecht** 7

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2455 i. V. m. Vorlage 12/1777

Zuschriften 12/1117, 12/1345, 12/1559 und 12/1663

Der Ausschuß verständigt sich darauf, den Ausschuß für Kommunalpolitik zu bitten, erst am 25. März abschließend zu beraten und abzustimmen, und die Abstimmung im Innenausschuß in dessen nächster Sitzung durchzuführen.

- 5** **Erfahrungsbericht des Innenministers über die Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen (Öb Verming BO NW)** 7

- Bericht eines Vertreters des Innenministers

- 6** **Einsatz der Polizei aus Anlaß der Demonstrationen im Vorfeld des Kohlekompromisses** 10

- Bericht des Innenministers

7 Beschlüsse der IMK-Konferenz vom 2. Februar 1998 11

- Innenminister Franz-Josef Kniola dementiert Presseberichte, nach denen die Innenministerkonferenz der Aktion "Sicherheitsnetz" des Bundesinnenministers zugestimmt hätte.

8 Verschiedenes 12

hier: Zur Tagesordnung für die nächste Sitzung

Innenminister Franz-Josef Kniola kündigt an, in der nächsten Sitzung über die Vorbereitungen der Polizei auf den Castortransport zu berichten.

4 Zweites Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes unter Einbeziehung der Überprüfung der 5-Prozent-Sperrklausel im Kommunalwahlrecht

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2455 i.V.m. Vorlage 12/1777

Zuschriften 12/1117, 12/1345, 12/1559 und 12/1663

Heinz Paus bittet für die CDU-Fraktion, die Abstimmung auf die nächste Sitzung zu vertagen, weil die Fraktion noch das Protokoll der Anhörung auswerten wolle.

Edgar Moron (SPD) macht darauf aufmerksam, daß, vertagte man die für heute vorgesehene Abstimmung im Innenausschuß, dies zeitliche Probleme aufwerfen würde, da der federführende kommunalpolitische Ausschuß am 5. März abschließend entscheide, der Innenausschuß jedoch vorher nicht mehr zu einer Sitzung zusammenkomme. Eine Verschiebung der Abstimmung im kommunalpolitischen Ausschuß wiederum brächte Schwierigkeiten mit Blick auf die 15-Monats-Frist, die das Gesetz vor der Kommunalwahl verabschiedet sein müsse. Aus diesem Grunde plädiere er dafür, als Innenausschuß auf eine Stellungnahme zu verzichten. - **Roland Appel (GRÜNE)** schließt sich dem an.

Da die CDU-Fraktion beschlossen habe, im Innenausschuß ein Votum abzugeben, sieht sich **Heinz Paus** nicht in der Lage, der Anregung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu folgen.

Der Ausschuß verständigt sich darauf, den Ausschuß für Kommunalpolitik zu bitten, erst am 25. März abschließend zu beraten und abzustimmen, und die Abstimmung im Innenausschuß in dessen nächster Sitzung durchzuführen.

5 Erfahrungsbericht des Innenministers über die Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen (Öb Verming BO NW)

Für den Innenminister trägt **LMR Vogel** dazu vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Durch Gesetz vom 15. Dezember 1992 ist die eben zitierte Berufsordnung neu gefaßt und 1994 zur Anpassung an das Baukammergesetz noch einmal geändert worden.

Im Mittelpunkt der Novellierung von 1992 stand die Schaffung einer Übergangsregelung, nach der bisher freiberuflich tätige Vermessungsingenieure in einem besonderen Verfahren die Zulassung als öffentlich bestellte Vermessungsingenieure erhalten können, sowie eine allgemeine Erweiterung der Zulassungsvoraussetzungen,



Anlage zu APr 12/809

Landtag Nordrhein-Westfalen

Heinz Paus MdL

Justiziar und
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

Landtag NRW Herr Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses für
Innere Verwaltung des Landtags NRW

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2735/2801
Fax (02 11) 88 4 - 3309

Im Hause

10. Februar 1998

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens der CDU-Fraktion beantrage ich für die kommende Sitzung des Ausschusses am 12. Februar 1998 eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema:

Zweites Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Bundesratssitzung vom 06. Februar 1998 -.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Innenminister um einen Bericht, in welchen Kommunen Asylbewerber Leistungen in Form von Bargeld und in welchen Kommunen Asylbewerber Leistungen in Form von Sachleistungen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Heinz Paus

i.A.

Annekathrin Grehling